

**Antrag der Fraktion der CDU****Deutschlandabitur schafft Transparenz, Vergleichbarkeit und Mobilität**

Die Entwicklung in der Bildungspolitik spricht eine deutliche Sprache: Eltern wollen Transparenz, Vergleichbarkeit und Mobilität. Transparenz bedeutet, dass klar ist, wofür eine Schulform steht und was sie leistet. Vergleichbarkeit bedeutet, dass Eltern zu Recht wissen wollen, was der jeweilige Abschluss wert ist, und dass Schulabgänger aus unterschiedlichen Bundesländern weder bevorteilt noch benachteiligt sind. Und Mobilität bedeutet für Eltern schulpflichtiger Kinder, dass ein Schulwechsel über Landesgrenzen in der Praxis machbar ist.

Die letzte Ländervergleichsstudie hat wieder einmal eindrucksvoll nachgewiesen, welche Unterschiede bundesweit bei den Lernleistungen immer noch bestehen. Eine gemeinsame Initiative der Kultusminister aus Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern verfolgt das Ziel, bis 2014 einen gemeinsamen Aufgabenpool für die Abiturprüfungen zu entwickeln. Dieser Initiative haben sich jetzt die Kultusminister aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen angeschlossen. Ein solcher bundesweit einheitlicher und verbindlicher Aufgabenkatalog, der auch den für eine Vergleichbarkeit der Beurteilung wichtigen Erwartungshorizont beinhalten muss, könnte die Abiturprüfungen in den Ländern zu einem „Deutschlandabitur“ als gemeinsames Qualitätsmerkmal zusammenfassen. Die Erarbeitung der Standards für die Sekundarstufe II durch das IQB bleibt davon unberührt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge deshalb beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag)

1. sieht in dem Wunsch der Eltern nach bundesweiter Vergleichbarkeit und Qualitätssicherung von Schulabschlüssen im Allgemeinen und des Abiturs als allgemeiner Hochschulzugangsberechtigung im Besonderen einen Auftrag an Landesparlament und Landesregierung, sich im Rahmen der föderalen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland mit konkreten Schritten für eine Vereinbarkeit der Grundrechte auf Bildung und Mobilität einzusetzen.
2. fordert deshalb den Senat auf, mit den Bundesländern Gespräche über die schrittweise Einführung eines gemeinsamen Aufgabenpools mit entsprechendem Erwartungshorizont für die Abiturprüfungen aufzunehmen und zu prüfen, auf welcher rechtlichen Grundlage eine gemeinsame Regelung erfolgen kann.
3. bittet den Senat, der Bürgerschaft (Landtag) laufend über den Fortgang der Gespräche und die weitere Entwicklung Bericht zu erstatten.

Claas Rohmeyer, Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Heiko Strohmann,  
Thomas Röwekamp und die Fraktion der CDU